

A. Sachverhalt

Ausgangslage

Der Gesundheitssektor ist nicht nur für die medizinische Versorgung der Bevölkerung, sondern insgesamt für den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg von erheblicher Bedeutung; die Gesundheitswirtschaft gehört mit zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Zukunftsfeldern von Baden-Württemberg mit erheblichen Wachstumschancen. Dies gilt insbesondere auch mit Blick auf den tiefgreifenden Wandel, der sich aus der fortschreitenden digitalen Intelligenz auch für den Gesundheitsbereich ergibt. Deshalb hat sich die Landesregierung das Ziel gesetzt, den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg stärker in den Fokus zu rücken und hierfür das „Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg“ ins Leben gerufen.

Bereits am 12. Juli 2018 fand unter Beteiligung von Herrn Ministerpräsident Kretschmann und Frau Ministerin Bauer, Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut und Herrn Minister Lucha die Auftaktveranstaltung zum Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die beiliegende Gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der mit Blick auf die Segmente

- Wissenschaft und Forschung,
- Entwicklung, Produktion und Vertrieb von innovativen Produkten und Dienstleistungen sowie
- effiziente und qualitätsorientierte Strukturen in der Gesundheitsversorgung

vielfältige Herausforderungen dargestellt sind, die segment- und ressortübergreifend und auch unter Hinzuziehung aller maßgeblichen Akteure des Gesundheitswesens und der Gesundheitswirtschaft in einem konsensualen Prozess gemeinsam angegangen werden sollen.

Für die Umsetzung dieses Prozesses hat der Ministerrat am 16. Oktober 2018 Arbeitsstrukturen festgelegt und themenspezifisch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau und das Ministerium für Soziales und Integration mit der weiteren Umsetzung beauftragt. Neben der Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA) „Forum Gesundheitsstandort BW“ soll in den beteiligten Ministerien eine Sprechergruppe eingerichtet werden, die jeweils mit einem Vertreter des Ressorts, einem Vertreter aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung sowie einem Vertreter aus dem Be-

reich Wirtschaft und dem Bereich Versorgung besetzt ist. Das Ministerium für Soziales und Integration hat darauf hingewirkt, dass darüber hinaus keine neuen Gremien und Doppelstrukturen vorgegeben werden, sondern das Thema in den bewährten und partizipativen Gremien insbesondere auch unter dem Dach der Landesgesundheitskonferenz beraten wird. Ziel des Prozesses ist es, innovative und nachhaltige Ideen und Projekte insbesondere auch ressortübergreifend zu entwickeln über deren Förderung dann im Rahmen von Haushaltsaufstellungen entschieden wird.

Vor diesem Hintergrund ist es Ziel des Ministeriums für Soziales und Integration, den Themenblock „Effiziente und qualitätsorientierte Strukturen in der Gesundheitsversorgung“ in allen bestehenden Gremien des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg anzugehen und bei Bedarf themenspezifisch auch neue Arbeitsgruppen zu bilden. Es ist vorgesehen, die Landesgesundheitskonferenz als übergeordnetes Gremium, in dem alle maßgeblichen Akteure des Gesundheitswesens einschließlich der kommunalen Landesverbände vertreten sind, eng in die Aktivitäten einzubinden und diese regelmäßig zu informieren. Deshalb und um alle Akteure zur Mitarbeit am „Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg“ zu motivieren findet die erste Sitzung des Ministeriums für Soziales und Integration zu den seinen Themenblock betreffenden Themen im Rahmen der 6. Landesgesundheitskonferenz statt.

B. Beschluss

1. Die Landesgesundheitskonferenz begrüßt das Ziel, den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg nachhaltig als führenden Standort der medizinischen Forschung, der Entwicklung und Produktion medizinischer Spitzenprodukte und eines modernen und innovativen Gesundheitsversorgungssystems zu stärken und auszubauen und die Einrichtung des „Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg“ durch die Landesregierung.
2. Die Landesgesundheitskonferenz erklärt ihre Bereitschaft, konstruktiv an diesem Forum mitzuwirken und zu dessen erfolgreicher Umsetzung neue, bereichsübergreifende Ideen und Vorschläge sowie Projekte für den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg zu entwickeln und einzubringen.
3. Die Landesgesundheitskonferenz sieht ein erhebliches Potential für den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg und für die medizinische Versorgung der Bevölkerung insbesondere im Arznei- und Medizinproduktebereich, in der personalisierten Medizin sowie in der Digitalisierung. Sie unterstützt den Ansatz, diese Themen soweit vorhanden in den bestehenden Gremien zu beraten und Doppelstrukturen zu vermeiden.
4. Die Landesgesundheitskonferenz weist darauf hin, dass ein Erfolg des Forums maßgeblich auch davon abhängen wird, ob bzw. dass sinnvolle und zielführende Projektideen verwirklicht werden können und dazu entsprechende Fördermittel des Landes notwendig sind, deren Höhe zeitnah zu konkretisieren ist
5. Die Landesgesundheitskonferenz bittet das Ministerium für Soziales und Integration, über den weiteren Verlauf des Forums zu berichten.